



Interviews

24. April 2024

Dirk-Oliver Heckmann im Gespräch mit Michael Roth (SPD)

Dirk-Oliver Heckmann: Während die ukrainische Armee in den letzten Monaten immer stärker in die Defensive geraten ist, vor allem, weil Waffen und Munition fehlen, wurde in Washington erbittert gestritten. Sollte es ein neues Paket, bestehend aus milliardenstarker Hilfe, Waffen und Munition geben, um eine Niederlage der Ukraine abzuwenden? – Die extreme Rechte der Republikaner war strikt dagegen. Am Wochenende dann aber die Nachricht, im Abgeordnetenhaus gab es am Ende dann doch eine Mehrheit für das 61 Milliarden Dollar Paket. Und in der Nacht hat jetzt auch der US-Senat zugestimmt.

Darüber können wir jetzt sprechen mit Michael Roth von der SPD. Er ist Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses des Deutschen Bundestages. – Guten Morgen, Herr Roth!

Michael Roth: Guten Morgen, Herr Heckmann! Grüße aus Berlin.

Heckmann: Wie erleichtert sind Sie, dass die amerikanischen Hilfen jetzt fließen können, oder kommen sie nicht viel zu spät?

Roth: Die kommen sehr spät. Ich bin dennoch erleichtert. Ich hatte kürzlich Gelegenheit, mit meinem ukrainischen Kollegen zu sprechen. Der war nicht nur sehr dankbar über die konkrete Unterstützung an der Front, um sich besser gegen den russischen Vernichtungskrieg verteidigen zu können. Er sagte auch, das gibt unserem Land, das gibt allen Menschen noch mal Hoffnung, dass wir nicht alleine sind und dass wir weiterhin von unseren Partnern in der Welt bestmöglich unterstützt werden. Aber ich befürchte, das dürfte das letzte große militärische Unterstützungspaket aus den USA gewesen sein.

Heckmann: Das wollte ich gerade ansprechen und das wäre meine nächste Frage gewesen. Der Streit in Washington wurde ja erbittert geführt. Noch ist auch nicht sicher, ob Mike Johnson, der republikanische Vorsitzende des Repräsentantenhauses, das politisch überlebt. Die radikalen Republikaner haben mit seiner Abwahl gedroht. Ganz abgesehen davon, dass Donald Trump die Wahlen gewinnen könnte. Und Sie glauben, in den nächsten Monaten wird es nichts mehr werden mit zusätzlichen Hilfen für die Ukraine?

Roth: Das ist schon lange in den USA kein Streit in der Sache mehr, sondern es ist ein ideologischer, populistisch ausgetragener Streit, der von den Trumpisten angefacht wurde. Am Ende sind nicht nur die Menschen in der Ukraine das Opfer, sondern wir in Europa. Aber es hilft uns nichts, ständig wie das Kaninchen auf die Schlange in Richtung Washington zu blicken, sondern wir müssen unsere Lehren daraus ziehen. Wir müssen jetzt endlich den Schalter umlegen und das Signal ist ziemlich klar: Europa, übernimm jetzt die Verantwortung. Wir müssen uns im Wesentlichen um die Ukraine kümmern. Wir müssen die militärische Unterstützung im Wesentlichen finanzieren und zur Verfügung stellen. Wir sind dankbar für das, was die USA geleistet haben, aber jetzt sind wir dran.

Heckmann: Jetzt sind wir dran, sagen Sie. Europa hat sich lange ein wenig ausgeruht, auch auf den massiven amerikanischen Hilfen. Wie groß ist denn die Gefahr aus Ihrer Sicht, dass sich die EU-Mitgliedsländer jetzt wieder hinlegen?

Roth: Ich habe den Eindruck, dass die Europäische Union das Momentum zu verlieren droht. Es wäre jetzt die Chance gewesen, deutlichzumachen nicht nur in den akademischen Sonntagsreden, sondern im konkreten Handeln, wir haben begriffen, wir müssen uns mehr um unsere eigene Sicherheit, um den Frieden, um die Freiheit in Europa kümmern. Das ist wahnsinnig schwierig, aber wir können den russischen Imperialismus stoppen. Aber so wie am vergangenen Montag, als in Brüssel dann wieder mal ein Prüfauftrag beschlossen wurde, so wird das nichts. Mit Prüfaufträgen werden wir den russischen Imperialismus definitiv nicht stoppen können. Wir müssen jetzt vor allem auch Waffen liefern. Das sind wahnsinnig schwierige Wochen und Monate für die Ukraine. Geld allein hilft nichts, sondern die brauchen konkret militärische Unterstützung, vor allem bei der Luftverteidigung. Deutschland ist ja noch mal in Vorleistung getreten, wir haben eine weitere Patriot-Batterie für die Luftverteidigung zur Verfügung gestellt. Und was war die Antwort? – Prüfaufträge! – Das reicht nicht und ich bin da echt frustriert, denn so werden wir unserer Verantwortung nicht gerecht, denn die Ukraine liegt nicht auf einem fernen Planeten. Das ist unser europäischer Nachbar.

Und lassen Sie mich vielleicht noch was hinzufügen, damit das nicht immer nur so eine Ukraine-Debatte wird. Ich war vergangene Woche in der Republik Moldau und ich habe gefragt, was ist die wichtigste Botschaft, die ihr an uns richtet. Und die Botschaft war ziemlich klar: Nur, wenn die Ukraine ein freies Land bleibt, bleiben auch wir in der Republik Moldau ein freies Land. Das heißt, die wissen ganz genau: Wenn die Ukraine verliert, dann droht ein weiterer Flächenbrand im östlichen Europa und wir werden keinen Frieden in Europa bekommen.

Heckmann: Es reicht nicht, nur zu prüfen, sondern es muss gehandelt werden, sagen Sie. Das betrifft die europäischen Partner, aber sicherlich auch Deutschland. Gibt es dazu aus Ihrer Sicht den politischen Willen auch in Ihrer Partei, der SPD?

Roth: Den gibt es. Sonst hätte ja der Bundeskanzler nicht noch mal entschieden, dass wir von unseren knappen Ressourcen noch mal eine Patriot-Batterie abgeben.

Ich will es mir nicht leichtmachen, denn ich weiß, dass alle Armeen in Europa in einer schwierigen Lage sind. Die sind alle nicht so ausgestattet, wie es eigentlich nötig wäre. Wir haben zu wenig auf die mittelosteuropäischen Partner, auf Polen, auf die Balten gehört. Das heißt, wir alle haben nicht mehr so viel zu verteilen. Aber momentan wird über unsere Sicherheit nicht im eigenen Land entschieden, sondern im Wesentlichen in der Ukraine, und ich kann einfach nicht verstehen, dass Staaten, die auch über Patriot-Systeme verfügen – das sind wesentliche Güter, um die Luftverteidigung der Ukraine zu verbessern -, ich kann nicht verstehen, dass diese Staaten die nicht schneller zur Verfügung stellen, sondern dass wieder nur geprüft wird, denn der russische Imperialismus, der legt momentan die Ukraine in Schutt und Asche. Das was wir in Mariupol erlebt haben, erleben wir jetzt in Charkiw, und da

hilft nur eines: Die Luftverteidigung verbessern, mehr Munition zur Verfügung stellen, damit dieses schöne Land nicht gänzlich von Russland zerstört wird. Darum geht es.

Heckmann: Ich will trotzdem noch mal zurückkommen auf Ihre Partei, die SPD, Herr Roth. Rolf Mützenich, der Fraktionschef hat vor einigen Wochen sehr viel Wirbel ausgelöst mit seiner Forderung, dass man darüber nachdenken müsse, den Krieg einzufrieren, um ihn dann auch beenden zu können. Dafür hat er viel Applaus bekommen aus Ihrer Fraktion. Haben Sie mit ihm darüber eigentlich mal gesprochen?

Roth: Wir haben uns in der Fraktion darüber ausgetauscht. Ich bin aber dankbar, dass der Bundeskanzler deutlichgemacht hat, wir werden nicht nachlassen. Momentan ist nicht die Zeit für Verhandlungen, schlicht und ergreifend, weil Putin nicht verhandeln will. Der will die Ukraine zerstören. Und wenn wir überhaupt zu einer wirklich chancenreichen Verhandlung mit der Chance auf einen gerechten Frieden kommen wollen, muss die Ukraine aus einer Position der Stärke an den Verhandlungstisch gehen, und das gelingt nur, wenn nicht Russland den Eindruck hat, die Partner sind schwach, die Partner sind zerstritten, und die Ukraine bekommt nicht das, was sie derzeit wirklich braucht.

Russland hat auch mit Unterstützung Chinas seine Rüstungsindustrie brutalst möglich hochgefahren und jetzt müssen wir sehr schnell, sehr pragmatisch Lösungen finden, der Ukraine das zur Verfügung stellen, was sie braucht, um als freies souveränes Land zu überstehen.

Heckmann: Der amerikanische Fernsehsender CNN meldete, dass im amerikanischen Paket auch Raketen des Typs ATACMS enthalten sind mit größerer Reichweite als bisher. Muss insofern auch wieder das Thema Taurus auf den Tisch?

Roth: Für mich ist klar, dass diese weitreichenden Waffensysteme – und die USA haben sich da ja auch sehr zurückgehalten bislang; Biden hat sich da immer sehr skeptisch gezeigt – dazu beitragen können, dass die riesigen Waffenarsenale der russischen Armee eliminiert werden können. Das würde der Ukraine helfen. Aber ich habe den Eindruck, dass der Bundeskanzler seine Entscheidung getroffen hat. Er hat sie begründet. Ich habe das zu respektieren, auch wenn ich persönlich eine etwas andere Auffassung dazu habe. Aber ich weiß nicht, ob der Bundeskanzler seine Meinung noch mal verändern wird. Ich bin aber den USA sehr dankbar und ich würde mir auch wünschen, dass Frankreich oder auch Großbritannien, die auch weitreichendere Waffen zur Verfügung gestellt haben, noch einmal schauen können, was sie zusätzlich tun können. Wir können ja auch durchaus zu einer europäischen Arbeitsteilung kommen. Wenn andere dankenswerterweise bereit sind, bestimmte Waffensysteme zu liefern, dann sollten wir anderes liefern, was wir haben und wo wir gut sind, und derzeit sind es vor allem Fragen der Munition, der Luftverteidigung. Darum hat uns ja auch der ukrainische Präsident Selenskyj dringlichst gebeten.

Heckmann: Herr Roth, Sie haben angekündigt, nicht mehr für den nächsten Bundestag kandidieren zu wollen. Dem „Stern“ gegenüber sagten Sie, Sie spürten eine innere Distanz zum Betrieb, und Sie sagten auch, wenn die Tür zum Fraktionssaal aufging, hatte ich zuletzt den Eindruck, ich steige in einen Kühlschrank. – Ihr angekündigter Rückzug, wieviel Enttäuschung über Ihre Partei, Ihre Fraktion steckt da drin?

Deutschlandfunk

Ein Programm von Deutschlandradio

Raderberggürtel 40

50968 Köln

Fragen und Anmerkungen an: hoererservice@deutschlandradio.de

Roth: Ich bin dann 27 Jahre im Deutschen Bundestag. Dafür bin ich dankbar, dafür bin ich auch meiner eigenen Partei dankbar, denn sonst wäre ich ja nicht im Bundestag. Und alle können sich darauf verlassen, die nächsten anderthalb Jahre werde ich noch mal richtig Gas geben, damit die Ukraine ein freies Land bleibt und damit wir die Zeitenwende in Deutschland und in Europa wirklich mit Leben füllen. Das ist nicht einfach, aber dazu brauchen wir nicht nur die SPD, sondern da brauchen wir auch die Bürgerinnen und Bürger an unserer Seite.

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Der Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.